

JÖRG ROESLER

## Wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen in beiden deutschen Staaten von 1946-1970

Man war sich ganz sicher: Man hatte das passende Wirtschaftssystem gefunden. Im Osten schwor man seit 1948 auf die Planwirtschaft, im Westen auf die soziale Marktwirtschaft. Jeder glaubte aus den Fehlern der Vergangenheit die einzig richtige Schlußfolgerung gezogen zu haben. Was hatten die letzten vierzig Jahre Marktwirtschaft schon gebracht? fragte Fritz Selbmann 1947: Inflation, Weltwirtschaftskrise, Aufrüstung, Weltkrieg. Es habe sich herausgestellt, daß die freie Wirtschaft nicht imstande ist, eine gleichmäßige Versorgung sicherzustellen. Um Arbeit und Brot für alle zu sichern, mußte ein alternatives Wirtschaftssystem her. Planwirtschaft sei das Gegenteil der kapitalistischen Marktwirtschaft, konstatierte Fritz Selbmann. Schon deshalb muß sie erfolgreich sein.<sup>1</sup>

Sie ist es auch, sekundierte der CDU-Wirtschaftsexperte, Blockfreund Ganter-Gilmans 1948 nach einer Reise durch die Sowjetunion: »Wer nur mit einem klaren Objektivismus die Dinge in der Sowjetunion beurteilt, muß erkennen, daß dort ungeheure Erfolge zum Wohle des Volkes erzielt worden sind. Wenn man diese Erfolge sieht, kann man nicht ohne Bewunderung an dieser neuen Wirtschaftsform vorbeigehen.«<sup>2</sup>

Drüben, an Rhein und Ruhr, hatte man nach dem Kriege auch das Erfolgsrezept gefunden: Nicht der blanke Kapitalismus der Weimarer Republik konnte der Anknüpfungspunkt sein, nicht die zentrale Wirtschaftslenkung des »Dritten Reiches«. Denn: »Die historische Linie führt vom Kapitalismus zum sozialen Elend und von dort zum Kollektivismus, oder, anders ausgedrückt: Ein rücksichtsloser Laissez-fair-Liberalismus zerstört die Gesellschaft, und eine zerstörte Gesellschaft sucht das Heil in totalitären Systemen«, so faßte der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Röpcke 1946 zusammen, was im Westen bald herrschende Meinung werden sollte.<sup>3</sup> Erfolg konnte man nur haben, wenn man beide Extreme vermied. Das Erfolgsrezept hieß: Soziale Marktwirtschaft. Der Begriff stammte von einem anderen Theoretiker des neuen Weges, Alfred Müller-Armack. Sein 1946 geschriebenes Buch »Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft« wurde zum Standardwerk.

Der Mann, der Röpckes und Müller-Armacks Reformvorstellungen »mit Einsicht und Fortune«, wie sein Biograph schreibt, in die Tat umsetzte, hieß: Ludwig Erhard. Er nutzte die Währungsreform vom Juni 1948, um daraus eine Wirtschaftsreform zu machen.<sup>4</sup>

In (Ost) Berlin begann man fast zur gleichen Zeit, die Planwirtschaft umzusetzen: Halbjahrplan, Zweijahrplan. Der nannte sich

Jörg Roesler – Jg. 1940,  
Prof. Dr., Berlin.  
Studium der Wirtschaftsge-  
schichte an der Humboldt-  
Universität zu Berlin;  
Forschungen zur Wirtschafts-  
geschichte der DDR und der  
osteuropäischen Länder.

Der Berliner Verein zur För-  
derung von Politik, Bildung  
und Kultur »Helle Panke«  
führte am 13. und 14. März  
1999 eine Tagung durch, die  
sich mit der Geschichte der  
deutschen Zweistaatlichkeit  
zwischen 1949 und 1990  
beschäftigte.

»Deutscher Zweijahrplan« im Unterschied zum »Marshallplan«: »Gegenüber den Kolonialmethoden des Marshall-Planes hat der Deutsche Volksrat den Kampf um den deutschen Plan proklamiert«, verkündete Walter Ulbricht im Frühjahr 1948.<sup>5</sup>

Das Attribut zum Zweijahrplan verrät es: Man schaute im Osten auf die Konkurrenz im Westen. Fritz Selbmann warf ihr den Fehdehandschuh hin. »Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen, und dann werden wir sehen, wer ist stärker: die geplante volkseigene Industrie oder die nichtgeplante freie Marktwirtschaft. Denn der Kampf zwischen freier Marktwirtschaft und geplanter volkseigener Industrie wird sich in der Praxis vollziehen.« Wie der Kampf ausgehen würde, daran gab es für Selbmann keinen Zweifel: »Natürlich ist die geplante Wirtschaft stärker, natürlich werden die Dinge dort, wo sie der Mensch mit seiner Vernunft anpackt, besser vorwärtskommen.«<sup>6</sup>

Schaute man im Westen auf das Wirtschaftsexperiment des anderen? Für Erhard war jede Art »Kollektivismus« ein Greuel, aber kein Gegenüber, mit dem man sich auseinandersetzen mußte, keine Konkurrenz.

Der Start verlief gut – in beiden Ländern. Obwohl das nicht hätte sein dürfen, denn eigentlich konnte nur eine die richtige Wirtschaftsart sein: die Planwirtschaft oder ihr Gegenteil, die Marktwirtschaft. Der Start verlief allerdings nicht so gut, wie man es sich erträumt hatte. Hüben wie drüben. So wurde auf dem Papier ein wenig nachgebessert. Auf beiden Seiten. Im Westen unterschlug man, daß die Wirtschaft von Trizonien sich bereits vor Erhards ordnungspolitischem Glockenschlag vom Juni 1948 in Bewegung gesetzt hatte. Mitte der siebziger Jahre deckte dies ein Wirtschaftshistoriker aus Bochum auf. »Nicht 1948, das Jahr der Währungsreform, der Liberalisierung des inneren Marktes und des Marshallplans, sondern das Jahr 1947,... das Jahr, in dem sich die Lücken der geschwächten Infrastruktur wieder schlossen und die Hörungslager füllten, ist das wirtschaftliche Gründungsjahr der Bundesrepublik Deutschland«, stellte Werner Abelshausen fest.<sup>7</sup> Es setzte Wirtschaftshistorikerschelte. In der »Zunft« hatte der Mann einen schweren Stand. Er hatte eine heilige Kuh geschlachtet. Denn, wenn der Aufschwung im Westen schon 1947 begann, bevor die soziale Marktwirtschaft geboren wurde, dann konnten weder sie noch der Marshallplan hauptverantwortlich für das Wirtschaftswunder sein. Die öffentliche Meinung umzukrempeln gelang Abelshausen damals nicht. Noch 1990 glaubten die meisten Politiker und manche Wissenschaftler in der Bundesrepublik, daß man im Osten nur die soziale Marktwirtschaft einzuführen brauche, damit sich das Wirtschaftswunder wiederhole.

Die Ergebnisse des Zweijahrplanes im Osten waren umso beachtlicher, als in einem ganz anderen Ausmaße als im Westen Reparationen geleistet wurden. Die wirtschaftlichen Folgen der Spaltung waren hier stärker zu spüren. Auch erfolgte keine Teilfinanzierung des Starts von außen. Kein Wunder also, wenn die Zuwachsraten der Industrieproduktion in der SBZ/DDR Ende der vierziger Jahre hinter der der Bundesrepublik zurückblieben. 1950 erreichte die Industrie 75 Prozent des Niveaus von 1936. In der Bundesrepublik

Wir betrachten die Forderung nach Planung der Wirtschaftsvorgänge als nichts anders als die Forderung, vernünftig zu wirtschaften. Jede Wirtschaft, die nicht geplant wird, unter den heutigen Umständen, ist ein Zurückfallen in das Spiel der privaten Interessen, von Egoismus der einzelnen und einzelner Gruppen, bedeutet Fehlleitung großer wirtschaftlicher Werte und bedeutet Verlust wirtschaftlichen Kapitals. Vortrag, gehalten während der Leipziger Frühjahrmesse 1947, in: Fritz Selbmann, Reden und Tagebuchblätter 1933-1947, Dresden 1947, S. 110 f.

An Stelle einer Wirtschaftsplanning soll für Westdeutschland der Marshall-Plan treten, dessen Ziel es nicht ist, die demokratische Wirtschaft zu fördern, sondern an ihre Stelle die »freie Unternehmerinitiative« zu setzen, d.h. den alten, chaotischen Zustand wiederherzustellen. Einer Meisterung der Wirtschaftsgesetze, die wir erstreben, wird von deutscher und ausländischer Seite das alte antagonistische Spiel der Kräfte entgegengesetzt.

Bruno Leuschner: Wirtschaft und Planung, Neues Deutschland v. 2. 3. 1948.

Planwirtschaft ist das Gegenteil der kapitalistischen Marktwirtschaft... Planwirtschaft ist nur denkbar als sozialistische Bedarfswirtschaft..., wo die Produktion von oben bis unten, von vorn bis hinten durch Pläne geregelt wird, wo jeder Wirtschaftsvorgang, Rohstoffbeschaffung, Transport, Verarbeitung im Betrieb, Absatzregelung durch Pläne vorher bestimmt wird.

Vortrag aus dem Jahre 1948, gehalten an der Technischen Hochschule Dresden, in: Fritz Selbmann: Demokratische Wirtschaft, Dresden 1948, S. 96.

»Erhard beabsichtigte eine Wirtschaftsordnung zu etablieren, die »die Leistung messen und vergleichen konnte, die Leistungssteigerung an die Spitze stellte und die nicht mehr dem direkten Druck des staatlichen Interventionismus ausgesetzt war. Die Währungsreform bildete für ihn einen dynamischen Prozeß, an dessen Ende eine freie, marktwirtschaftliche Ordnung stand.«

Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1979, S. 160.

waren es aber im gleichen Jahr 110 Prozent. Verkündet wurden am Ende des Zweijährplanes für die DDR-Industrie 111 Prozent. Man hatte nur »ein wenig« geschummelt und an Stelle des realen den nominalen Produktionsanstieg gemeldet, also die Preissteigerungen auch für Produktionssteigerungen ausgegeben. Diese Katze aus dem Sack ließ eine Statistikerin im Jahre 1953, das auch das Jahr des neuen Kurses, also einer gewissen Liberalisierung war.<sup>8</sup> Trotzdem, es war eine Unmöglichkeit, den »frommen Betrug« von 1950 zuzugeben. Dann hätte die Marktwirtschaft mehr gekonnt als die Planwirtschaft. Die unsichtbare Hand besser als der Mensch mit seiner Vernunft? Das konnte nicht sein. Um die Aussage der Margarete Schmidt legte sich ein Wall des Schweigens. Der schien um so gerechtfertigter, als die Industrie der DDR tatsächlich in den fünfziger Jahren hohe reale Zuwachsraten erreichte – wenn auch nicht so hohe wie die der Bundesrepublik.

Dort war Ludwig Erhard Chef des damals noch mächtigen Wirtschaftsministeriums. Er wurde einer der beliebtesten Politiker der Bundesrepublik. Eine »Wahlkampflokomotive« für die in wechselnden Koalitionen regierende CDU. Im Herbst 1952 machte er Müller-Armack zum Leiter der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium. Müller-Armack verband mit Erhard eine weitgehende Gemeinsamkeit der wirtschaftspolitischen Grundsätze. In nicht unwichtigen Details gab es jedoch Differenzen. Erhard war mehr liberaler als sozialer Marktwirtschaftler, kein Mann der CDU-Sozialausschüsse, sondern mehr des Wirtschaftsflügels. Müller-Armack dachte hingegen auch in den Kategorien der katholischen Soziallehre. Die Differenzen führten nach sechs Jahren, 1958, zum Ausscheiden Müller-Armacks aus dem Amt.<sup>9</sup>

Der Mann, der meinte, die richtige Erklärung für den überraschend guten Start Deutschlands in die Nachkriegswirtschaft gefunden zu haben, der behauptete, eine Antwort auf die lange Phase hoher Wachstumsraten während der fünfziger Jahre sowohl in der DDR wie in der Bundesrepublik zu haben, war ein Ungar. Nach Ferenc Janossy, dessen Hauptwerk »Am Ende der Wirtschaftswunder« 1966 in Budapest erschien, waren die guten Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung in allen kriegszerstörten Ländern darauf zurückzuführen, daß genügend ausgebildete Arbeitskräfte vorhanden waren, um selbst bei mäßigen Investitionen einen hohen Produktionszuwachs zu erzielen. Aus dieser Konstellation, hätten u.a. auch die beiden deutschen Staaten viel von ihrer Wirtschaftskraft geschöpft. Janossys These – jenseits von Plan und Markt angesiedelt – fand damals in Europa weite Verbreitung. Sie hatte auf jeden Fall einen Vorteil: Sie konnte erklären, warum die Volkswirtschaften beider deutscher Staaten, verglichen mit der deutschen Volkswirtschaft der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, in den fünfziger Jahren boomten.

Folgt man der Konzeption Janossys, dann waren es bis 1961 mehr als andere Faktoren »republikflüchtige« Facharbeiter und Intelligenzler, die bewirkten, daß die DDR-Wirtschaft in der Pro-Kopf-Leistung hinter der der Bundesrepublik zurückblieb. Ob nun dieser Grund oder die Reparationsfolgen, ob die Planwirtschaft oder der durch Wirtschaftskrieg bzw. unzureichendes wirtschaftliches Niveau der RGW-Länder beeinträchtigte Außenhandel der

DDR die Hauptursachen für das wirtschaftliche Zurückbleiben der DDR gegenüber der Bundesrepublik bildeten: Seit Mitte der fünfziger Jahre waren sich Ulbricht und sein Wirtschaftsberater Berger einig, daß die Planwirtschaft sowjetischen Stils nicht das Zugpferd war, das die DDR-Wirtschaft gegenüber der Bundesrepublik auf Überholkurs bringen würde. Wirtschaftliche Reformen wurden in dieser Zeit andiskutiert und auch ein wenig probiert. Behrens und Benary standen für eine Reformierung des bisherigen Wirtschaftssystems mit zuviel Staat und damit Bürokratie. Wichtiger werden sollten die Kritiker der zweiten Reihe wie zum Beispiel Herbert Wolf.

Die Reformdiskussion wurde auf Geheiß Ulbrichts, der sie aus politischen Gründen fürchtete, abgebrochen. Die Teilreformen stampte man ein, weil man sie für den – ebenfalls politisch motivierten – großen Sprung nach vorn zum Produktions- und Verbrauchsniveau der Bundesrepublik nicht gebrauchen konnte. Schon allein durch die überzogenen Zielstellungen mußte die DDR-Wirtschaft mit dem alten Lenkungssystem in eine Existenzkrise schlittern, die dann durch den Mauerbau im August 1961 zwar nicht wirtschaftlich lösbar wurde, aber politisch eingedämmt werden konnte.<sup>10</sup> Wirtschaftlich mußte ein Weg aus der Krise noch gefunden werden. Aber wie? Die Mehrheit im Politbüro machte es sich einfach: Jetzt könne von außen nicht mehr gestört oder abgeworben werden, jetzt könne man darauf dringen, daß mehr gearbeitet und weniger verbraucht würde: durch Disziplin und Maßhalten den Plan erfüllen! Was eine Expertengruppe, die von Willi Stoph 1962 eingesetzt war, an »Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus« ausarbeitete, war zwar etwas mehr, aber bestenfalls die »kleine Lösung« für das Wirtschaftsproblem der DDR.

Ulbricht und Berger waren für die große Lösung. Sie wußten um die Erschöpfung der extensiven Wachstumsreserven, die allein schon eine Rückkehr zu den hohen Zuwachsraten der fünfziger Jahre unmöglich machten, um die Notwendigkeit strukturellen Wandels und wissenschaftlich-technischen Aufstiegs. Bewußt knüpften sie an ihre Reformvorstellungen von 1954-57 wieder an, suchten sich Nachwuchsteile zusammen, scheuten sich nicht, »Revisionisten« einzubeziehen, wie Herbert Wolf, der vom VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig nach Berlin zurückgeholt wurde. Er berichtete später: »Im Jahre 1962 arbeitete eine »Reformgruppe« unter Stoph und wurden schon sogenannte »Experimente« in einigen ...VVB eingeleitet. Aber parallel zu diesen mehr auf Kosmetik zielenden Aktivitäten wurde zur Vorbereitung des VI. Parteitages der SED (Januar 1963) sowie zum Ausbau dieser Experimente durch eine kleine Gruppe, organisiert vom persönlichen Stab Ulbrichts und einigen engen Mitarbeitern von Apel und Mittag, das Konzept der Reform erarbeitet.«<sup>11</sup> Die Reformkonzeption entstand und die Reformgruppe arbeitete also am Rande der offiziellen Parteistrukturen. Aber zustimmen mußte das Politbüro. Die damals noch nicht so alten sowjetreuen Genossen hatte Ulbricht vor Augen, als er im Herbst 1962 die Liberman-Diskussion aus der Sowjetunion in der DDR breit publizieren ließ, damit klar wurde: Was demnächst an Wirtschaftsreform kommen sollte, kam vom

»Wir haben, wenn ich es glatt herausagen darf, gar keine Wirtschaftspolitik der CDU, sondern die Wirtschaftspolitik von Pro. Erhard gemacht und von der CDU her haben wir sie sanktioniert.«

Der CDU-Politiker Franz Etzel im Februar 1949, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.). Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975, S. 861.

»Ein Widerspruch zwischen der staatlichen Leitung der Wirtschaft und den ökonomischen Notwendigkeiten muß letztlich immer darin zum Ausdruck kommen, daß der Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit nicht die geplante und mögliche Höhe erreicht... Auch in der Wirtschaft unserer Republik gibt es Anzeichen für einen solchen Widerspruch...« Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: Wirtschaftswissenschaft, 3. Sonderheft, 1957, S. 118.

»Nachdem eine solche Staatsgrenze gegenüber der BRD geschaffen worden war, begann in der DDR eine intensive geistige Tätigkeit, an der aber nicht alle führenden Kräfte teilnahmen...

Übrigens gab es vor dieser wichtigen Entscheidung keine Rückfrage oder Rückversicherung in Moskau.

Ulbrichts Wirtschaftsberater über die Vorbereitung der Wirtschaftsreform.«

Wolfgang Berger: Zu den Hauptursachen des Untergangs der DDR, Weißenseer Blätter 4/1992, S. 31.

»In den ersten Beratungen der Arbeitsgruppe gab es eine gewisse Unsicherheit darüber, in welchem Stil sie an die Lösung der Aufgaben herangehen sollte. Es gab etliche Überlegungen, die für eine »kleine« Lösung sprachen, das heißt für eine Reihe einzelner, isolierter Maßnahmen, die dieses oder jenes in der Wirtschaftspraxis ändern oder bessern sollten. Nachdem aber in einer Aussprache mit Vertretern des Zentralkomitees gewissermaßen grünes Licht für eine radikale umfassende und komplexe Lösung der Probleme gegeben wurde, machte sich die Gruppe mit Feuereifer ans Werk.«

Über die Arbeit der in der Gewerkschaftshochschule in Bernau arbeitende Reformgruppe im ersten Halbjahr 1963. Wolfgang Berger/Otto Reinhold: Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, Berlin 1966, S. 25.

großen Bruder. Gleichzeitig schoß er gegen diejenigen, die es bei Disziplin und Maßhalten bewenden lassen wollten und die Anhänger der »kleinen Lösung« – »Hier und da wird ja behauptet«, so Ulbricht auf der 17. Tagung des ZK der SED im November 1962, die parallel zum Novemberplenium des ZK der KPdSU stattfand, auf der auch Libermans Vorschläge zur Debatte standen, »seit dem 13. August 1961 ist alles in Ordnung. Die Pläne wurden gut erfüllt. Es gibt Anlaß zur Zufriedenheit. ... Es herrscht mehr Ordnung in der Wirtschaft...Aber insgesamt gesehen sind das aber erste Anfänge.« In der Sowjetunion fordere man mehr: Etwas doppeldeutig fuhr Ulbricht dann fort: »Unsere Wirtschaftswissenschaftler und Planer sollten diese Diskussion sorgfältig verfolgen und auswerten....«<sup>12</sup>

Was Liberman schrieb, darüber dachte die Reformgruppe schon monatelang nach. Verborgen geblieben war das den Konservativen im Politbüro natürlich nicht. Alfred Neumann, damals Chef des Volkswirtschaftsrats genannten Superwirtschaftsministeriums, der in Neuerungen in der Wirtschaftslenkung vor allem eine Gefahr für die jährliche Planerfüllung sah, sagte später zu seiner Sicht auf 1962: »Ich wußte, daß es Gruppen gibt, daß auch Walter Ulbricht seine Gruppe hatte, auch wen er für Ratschläge heranzog. Dazu gehörten Mittag, Apel, Wolf und Berger. Was die da für Quatsch sich ausgedacht haben, erfuhr ich ziemlich schnell.«<sup>13</sup> Nahm es aber, wie viele seiner Politbürokollegen nicht ernst; auch als das Reformkonzept auf dem VI. Parteitag im Januar – noch nicht durch konkrete Reformziele untersetzt – verkündet wurde. Diese, »Richtlinie für das neue ökonomische System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft« genannt, lagen im Juni 1963 vor und waren durch den Parteitag gewissermaßen im voraus abgesehnet. Nun wurde die »große Lösung« ernst. »Alle müssen begreifen«, hieß es darin, »daß man die Wirtschaft nicht im Verwaltungsstil, sondern in ökonomischer Art und Weise führen muß.«<sup>14</sup> (Richtlinie:11) Weg von dem Übermaß an Staatsintervention, hieß das. Mehr Eigenverantwortung für die Betriebe. Weniger Staat? Mehr Markt? Ulbricht formulierte das Verhältnis Plan-Markt auf dem VII. Parteitag so: »Die (im Plan zum Ausdruck kommenden) gesellschaftlichen Erfordernisse sind grundlegender und umfassender als die Markterfordernisse. Aber wer den Markterfordernissen nicht genügt, kann auch den gesellschaftlichen Erfordernissen nicht entsprechen.«<sup>15</sup>

Ein Zurück hinter die Erkenntnisse der »Richtlinie« vom Sommer 1963 sollte es nach dem Willen der Reformen nicht mehr geben. Erich Apel, inzwischen Chef der Staatlichen Plankommission und der Star der Wirtschaftskonferenz stellte abschließend eindeutig klar: »In Vorbereitung der Konferenz und während der Konferenz war genügend Gelegenheit gegeben, darzulegen, warum der eine oder andere »kleine« oder »große« Wirtschaftsfunktionär mit dieser oder jener neuen Festlegung nicht einverstanden ist. Jetzt, nach der Konferenz, kann es kein »Wenn« und »Aber« zu den ausdiskutierten Grundfragen mehr geben.«<sup>16</sup>

Das NÖS oder NÖSPL, wie die Reform von den einen liebevoll, von den anderen verächtlich genannt wurde, gab in der Folgezeit, was man von ihm erwartet hatte: wirtschaftliche Stabilität, ein relativ hohes Niveau der Zuwachsraten von Arbeitsproduktivität

und Produktion. Eines ermöglichte es jedoch auch nicht: das Einholen oder Überholen der Wirtschaft der Bundesrepublik.<sup>17</sup> Dort dauerte die Nachkriegskonjunktur länger als in der DDR. Die Industrieproduktion wuchs zwischen 1950 und 1960 um außerordentliche 150 Prozent. Seit den späten fünfziger Jahren herrschte Vollbeschäftigung, 1960 Arbeitskräftemangel. Doch allmählich erschöpften sich die vorrangig extensiven Aufschwungkräfte. Mitte der sechziger Jahre kündigten sich wirtschaftliche Probleme an. Um mit Abelshäuser zu sprechen: Das Ende der langen fünfziger Jahre war gekommen. Ab 1965 hatten sich alle guten Geister, die andert-halb Jahrzehnte lang das Wirtschaftswunder ermöglicht hatten, bereits gegen das Wirtschaftswachstum verbündet. Doch das Wahlvolk dankte der CDU noch einmal für den errungenen Wohlstand und erlaubte ihr ein fünftes Mal hintereinander die Regierung zu bilden. Im Oktober 1965 wurde das zweite Kabinett Erhard vereidigt.

Als nach »überhitzter Konjunktur« die Bundesbank stabilitätspolitische Maßnahmen gegen die Inflation ergriff, drückte dies erstmals ernsthaft die Konjunktur, führte zur Arbeitslosigkeit, insbesondere im neuerdings strukturschwachen Steinkohlebergbau. Eine höhere Inflations- und eine niedrigere Wachstumsrate hatte es in der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Doch der Kanzler neigte bis weit ins Jahr 1966 hinein dazu, mit Maßhalteappellen gegen zu hohe Tarifabschlüsse vorzugehen und gleichzeitig zu beteuern, daß die Konjunktur weiterhin gut sei und keinen Anlaß zur Besorgnis gebe. Und als er dieser Feststellung selbst nicht mehr recht vertrauen konnte, entschied er sich fast bedenkenlos für Stabilität auf Kosten von Beschäftigung und Wachstum. Das klang dann so: »Wenn das deutsche Volk nicht hören kann, muß es eben fühlen!«<sup>18</sup>

Erhards lange Sorg- und spätere Konzeptlosigkeit riefen bei einigen Politikern der CDU/CSU Besorgnis hervor. Zunächst versuchte man es mit Erhard auf gütlichem Wege. Strauß und Barzel schickten an ihn »streng vertraulich« mehrere mahnende Briefe. Die Bundesrepublik habe es derzeit mit einem Stabilitäts- und mit einem Wachstumsproblem zu tun. Die Zeit des technisch-industriellen »catching up« und Überflusses an Arbeitskräften – des extensiven Wirtschaftswachstums also – sei vorbei und komme auch nicht wieder. Die deutsche Wirtschaft könne künftig nur noch »aus sich heraus« wachsen. Dazu müsse sie kräftig investieren, das tue aber niemand gern bei restriktiver Geldpolitik und nachlassendem Wachstum.

Erhard hielt die Lagebeurteilung für falsch und die wirtschaftspolitischen Folgerungen deshalb für verfehlt. Außerdem glaubte er in beiden Briefen die Handschrift seines früheren Staatssekretärs Müller-Armack zu erkennen. Den bat die CDU-Fraktionsführung im Sommer 1966, als das Wirtschaftswachstum sich weiter abschwächte, seine Überlegungen zum Problem einmal aufzuschreiben. Dabei entstand ein zwanzigseitiges Exposé über »die konjunkturelle Lage, das Stabilisierungsgesetz und die nächsten wirtschaftspolitischen Aufgaben.« Darin wurde gefordert, nicht einfach weiterzumachen mit einer »Wirtschaftspolitik der Beteuerungen«. Die Regierung müsse endlich handeln. Es bedürfe der »intelligenten Intervention« des Staates. Erhard hatte Ende September Müller-Armacks Aufforderung an die Marktwirtschaft erhalten, rea-

»Nicht wenige Genossen standen im Bannkreis alter, administrativer Wirtschaftsmethoden und des Ressortgeistes. Deswegen haben sie sich abgequält und kamen vielfach zu der Auffassung, daß auf dem Parteitag zwar eine neue Formulierung – nämlich neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft – angenommen wurde, aber eigentlich alles beim alten blieb.«

Walter Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Praxis, Berlin 1963, S. 18.

»Wo immer er hinkam, empfangen ihn Spruchbänder und Plakate mit abweisenden Parolen: »Maßhalten, dann Maulhalten, dann Durchhalten.« Erhard auf Wahlkampftour in Nordrhein-Westfalen im Frühsommer 1966, in: Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996.

»Die Politik des guten Zurendens und der homöopathischen Mittel aus der Bonner Apotheke haben sich als unzureichend erwiesen. Wenn es so nicht weitergehen soll, muß die Bundesregierung mit einem Instrumentarium ausgerüstet werden, das ihr in Zukunft eine wirksame Konjunkturpolitik erlaubt.«  
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.6.1966.

gierte jedoch nicht. Die Wirtschaft komme von selbst in Ordnung, ließ er Anfang Oktober verlauten, »Über das gröbste sind wir schon hinweg.«<sup>19</sup> Das nahm die SPD zum Anlaß, Erhards Rücktritt zu fordern. In der FDP begann man über die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD zu sprechen. Im Parteivorstand der CDU schrillten daraufhin die Alarmglocken. Ein Intrigenspiel begann, um Erhard zum Rücktritt zu veranlassen. Ende Oktober traten die FDP-Minister zurück. Am 9. November forderte der Bundestag den Kanzler mit knapper Mehrheit auf, die Vertrauensfrage zu stellen. Erhard weigerte sich zunächst. Formal war er im Recht. Am 10. November trat er dann doch entnervt zurück.<sup>20</sup>

Die CDU-Führung begann mit der SPD auf der Grundlage eines Sachprogramms zu verhandeln, in dem gefordert wurde »Das Wirtschaftsprogramm der zukünftigen Bundesregierung müsse dem Rückgang der Investitionen und des Wachstums entgegenwirken«. Am 26. November führten die Verhandlungen mit der SPD zur Einigung auf eine große Koalition. Auf der Grundlage des Sachprogramms für Koalitionsgespräche entstand das Konzept der Globalsteuerung. Konjunkturelle Bewegung solle durch eine antizyklische Politik des Staates auf ein ausgewogenes Maß reduziert, Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten werden. Die sozialen Auswirkungen industriestruktureller Wandlungen waren vom Staat abzufedern. Strauß und Schiller waren es, die in der Folgezeit, mit großem Erfolg bis 1970, die aus dem Konzept der Globalsteuerung abgeleitete »aufgeklärte Marktwirtschaft« betrieben<sup>21</sup>.

Vergleichen wir den Weg der beiden deutschen Staaten vom selbstsicheren Start mit einem neuen Wirtschaftskonzept bis hin zur Einleitung von Maßnahmen zu dessen Reformierung, fragen wir nach der Reformfähigkeit beider deutscher Staaten in den ersten zwei Jahrzehnten ihrer Existenz, dann läßt sich feststellen:

*Erstens:* In beiden Staaten hat man sich bemüht, Lehren aus dem wirtschaftlichen Desaster Deutschlands in der Zeit zwischen 1914 und 1945 zu ziehen. Die Schlußfolgerung hieß Planwirtschaft auf der einen und soziale Marktwirtschaft auf der anderen Seite. Man folgte nicht nur eigenen Erkenntnissen, sondern ließ sich – klugerweise möchte man sagen – auch vom Wirtschaftssystem der jeweiligen Besatzungsmacht inspirieren.

*Zweitens:* In beiden Fällen entsprach die wirtschaftliche Wirklichkeit doch nicht ganz den Erwartungen. Man half auf dem Papier ein wenig nach, damit die Planwirtschaft (im Osten) bzw. die Marktwirtschaft (im Westen) zum Mythos des Erfolgs werden konnte.

*Drittens:* Was auch immer, vor allem: in welcher Gewichtung, die Ursachen für den doppelten – im Osten allerdings bescheideneren – Wirtschaftsaufschwung waren: Am Ende der fünfziger Jahre (DDR) bzw. der langen fünfziger Jahre (BRD) schieden sich die Geister an der Spitze der beiden Staaten in Konservative und Reforme. Die Reforme erkannten, daß die günstigen Zeiten für extensives wirtschaftliches Wachstum ein- für allemal vorbei waren und man ein neues, vom bisherigen deutlich abweichendes Wirtschaftskonzept benötigte, um Stabilität und Wachstum auch in einer zunehmend vom wissenschaftlich-technischen Strukturwandel determinierten Zukunft zu sichern.

»Wir müssen der Illusion entsagen, daß die Marktwirtschaft ohne eine entsprechend marktwirtschaftlich orientierte, aktive Wirtschaftspolitik alles von selbst zurechtrückt. Soziale Marktwirtschaft, wenn sie richtig verstanden wird, sieht in der Wettbewerbswirtschaft nicht einen Vollautomatismus, der keiner Bedienung bedarf, sondern... einen Halbautomaten, der wirtschaftspolitische Steuerung voraussetzt.«  
Alfred Müller-Armack im Gutachten für die CDU Fraktionsführung vom September 1966. Zitiert in: V. Hentschel, S. 625.

*Viertens:* Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Reformer im Osten zielten – vereinfacht gesagt – auf weniger staatliche Einmischung (im mikroökonomischen Bereich), im Westen auf mehr staatliche Einmischung (im makroökonomischen Bereich). Die Gründungsmythen blieben jedoch nach außen hin unangetastet. Es wurde weiterhin von sozialistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft gesprochen (eine gewisse Selbstregulierung im Rahmen des Planes, aufgeklärte Marktwirtschaft).

*Fünftens:* Die Reformbestrebungen konnten sich relativ rasch – in ein- bis anderthalb Jahren – durchsetzen, falls man für die DDR die Unmöglichkeit einer Reform bei offener Grenze akzeptiert.

*Sechstens:* Die Reformkräfte umgingen bei der Einführung der Reform die für die Einleitung eines grundlegenden (Wirtschafts-) Politikwechsels vorgeschriebenen Instanzen des jeweiligen politischen Systems. Weder wurde Erhard als Repräsentant der liberalen Variante der sozialen Marktwirtschaft abgewählt noch wurde das NÖS-Konzept auf der Grundlage von diesbezüglichen Politbürobeschlüssen vorbereitet. Dafür gab es jeweils gute Gründe: die geforderte schnelle Abhilfe (BRD) bzw. die antireformerische Mehrheit (DDR). Statt dessen spielten Intrigen und Übertölpelung eine wesentliche Rolle bei der Erreichung einer regierungsfähigen Mehrheit für das Reformprogramm.

*Siebtens:* Die Reformziele konnten kurz- bzw. mittelfristig weitgehend realisiert werden. Langfristig wirksam waren sie aus unterschiedlichen Gründen jedoch weder in der DDR noch in der BRD, woraus auch der Verriß des NÖS bzw. der Globalsteuerung durch die wirtschaftspolitisch anders ausgerichteten Nachfolgeregierungen – unter Honecker bzw. Kohl resultierte.

»Im Spätsommer 1966 kam es zu einer nächtlichen Zusammenkunft im Bundeskanzleramt... Ich zog mir schwerste Vorwürfe zu, weil ich – zunächst nachdrücklich für Erhard, dann immer weniger und zum Schluß gegen ihn – mit dem Bundeskanzler in eine harte Kontroverse geraten war wegen seines Regierungsstils, den ich für völlig unzulänglich hielt.«  
Franz-Josef Strauß:  
Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 430.

In wirtschaftspolitischen Dilemmata sind Wirtschaftswundermänner gefordert. Aber es gibt keine Wirtschaftswundermänner. Es gibt nur Männer, die unter bestimmten Umständen aus Einsicht und mit Fortune das Richtige tun. So ein Mann war Ludwig Erhard 1948 gewesen. Er versagte 1966 nicht. Er führte nur vor, daß er ein Wirtschaftspolitiker normalen Zuschnitts war, dem unter anderen Umständen die Einsicht versagt war und das Glück fehlte. Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 615 f.

Soziale Marktwirtschaft ging in Westdeutschland erst in den sechziger Jahren jene Verbindung von neoliberaler Wirtschafts- und staatlicher Sozialpolitik ein, für die sie seitdem beispielhaft steht. Werner Abelshäuser: Strukturprobleme der sozialen Marktwirtschaft, in: Ludwig Erhard und seine Politik, Berlin 1997, S. 80.

- 1 Fritz Selbmann: Planwirtschaft oder Wirtschaftsplanung, in: ders.: Demokratische Wirtschaft, Dresden 1948, S. 78 ff.
- 2 Protokoll über die Sitzung des Erweiterten Parteivorstandes der CDU am 3. Dezember 1948, zitiert in: Erwin Krubke, Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen, Berlin 1977, S. 71.
- 3 Wilhelm Röpcke: Die Lehre von der Wirtschaft, Erlenbach-Zürich 1946, S. 288.
- 4 Volker Hentschel: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München 1996, S. 60 ff.
- 5 Walter Ulbricht: Planmäßige Wirtschaft sichert die Zukunft des deutschen Volkes, in: Der Deutsche Zweijahresplan für 1949-50, S. 11.
- 6 Fritz Selbmann 1948, S. 109.
- 7 Werner Abelshäuser: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik (1945-1980), Frankfurt/Main 1983, S. 10.
- 8 Margarete Schmidt: Probleme bei der Ermittlung der industriellen Bruttoproduktion, Berlin 1953, S. 87.
- 9 Karl-Georg Zinn: Soziale Marktwirtschaft, Mannheim 1992, S. 48.
- 10 Vgl. Jörg Roesler: Wende in der Wirtschaftsstrategie, Krisensituation und Krisenmanagement 1960-62, in: Jochen Czerny (Hrsg.): Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990, S. 171 ff.
- 11 Herbert Wolf: Hatte die DDR je eine Chance? Hamburg 1991, S. 25 f.
- 12 Walter Ulbricht: Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 1, Berlin 1969, S. 26 f., 43.
- 13 Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann: Poltergeist im Politbüro, Frankfurt/Oder 1996, S. 182.
- 14 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S. 11.
- 15 Walter Ulbricht: Zum ökonomischen System des Sozialismus, Bd. 2, Berlin 1969, S. 263.
- 16 Walter Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung in der Praxis, Berlin 1963, S. 263.
- 17 Vgl. Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963 – 1970 in der DDR, Freiburg/Br. 1990, S. 156 ff.
- 18 Zitiert in: V. Hentschel 1996, S. 616.
- 19 Zitiert in: Ebenda, S. 628.
- 20 V. Hentschel 1996, S. 643 ff.
- 21 Vgl. K.-G. Zinn 1992, S. 83 ff.